

Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr

Anlage zur Niederschrift zu TOP 11 - Prüfung von Standorten für Schnellladesäulen mit mehr als 50 kW Leistung. Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP v. 02.08.2021.

Die Fraktionen CDU und SPD baten um Klärung folgender Fragen:

1. Können Straßenleuchten als Ladepunkte für E-Autos genutzt werden (vgl. Forschungsprojekt der Universität Wuppertal)?
2. Welche Flächen in der Innenstadt sind als Ladestellen geeignet?

Zu 1.: Nach Rücksprache mit der BEW besteht in Wermelskirchen keine Möglichkeit, Ladepunkte an Straßenleuchten einzurichten. In manchen Städten sind Straßenleuchten an das reguläre Niederspannungsnetz angeschlossen.

In anderen Städten, so auch in Wermelskirchen, existiert ein separates Straßenbeleuchtungsnetz. Dieses Netz ist tagsüber stromlos, sodass in dieser Zeit kein Laden möglich wäre. Wenn in der Nacht zusätzlich zu den Straßenleuchten Ladeleistung benötigt würde, würden die Straßenleuchten ausgehen, weil die Straßenbeleuchtungskabel nur kleine Querschnitte aufweisen und nur soviel Leistung bereitsteht, wie für die Leuchten benötigt wird.

Um Straßenleuchten als Ladepunkte zu nutzen, müssten neue Leuchten errichtet und an das Niederspannungsnetz angeschlossen werden.

Zu 2.: Die Stadt Wermelskirchen beteiligt sich an der Erstellung eines kreisweiten Ladeinfrastrukturkonzeptes. Das Konzept soll auf Grundlage des prognostizierten Markthochlaufs von E-Fahrzeugen der nationalen Plattform Elektromobilität den Ladeinfrastrukturbedarf für die nächsten 10 Jahre prognostizieren. Ziel ist es, Standorte zu ermitteln, an denen in 2, 5 und 10 Jahren eine ausreichende Nachfrage nach Ladestrom zum wirtschaftlichen Betrieb von Ladeinfrastruktur zu erwarten ist. Ergebnis soll ein Zeit- /Maßnahmenplan des Ladeinfrastrukturbedarfs im Gebiet des Rheinisch-Bergischen Kreises und der Stadt Leverkusen, differenziert nach Kommunen, Stadt-/Ortsteilen, Qualität, Quantität und Betreibern sein. Derzeit läuft das Vergabeverfahren für die Beauftragung eines Fachbüros. Das Konzept soll bis Jahresende vorliegen.